

Nr. 06 | Februar 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Januar war es soweit: Großbritannien hat die Europäische Union verlassen. Nach wie vor herrscht große Unsicherheit darüber, wie es nun weitergeht - auch in der Landwirtschaft. Denn eins ist klar: Wie sich die Handelsbeziehungen weiter entwickeln, hängt entscheidend von den künftigen Zollregelungen ab.

Die Briten sind ein wichtiger Agrarhandelspartner Deutschlands. 2017 exportierte Deutschland landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 4,8 Milliarden Euro in das Vereinigte Königreich, während die Importe 1,6 Milliarden Euro betrugten. Das machte für Deutschland einen Überschuss von ca. 3,2 Milliarden Euro - so hoch wie mit keinem anderen Land.

Aktuell ist zu erwarten, dass die deutsche Agrarproduktion als Folge des Brexit um insgesamt 190 Millionen Euro zurückgehen wird. Die längerfristigen Auswirkungen auf die europäische und deutsche Landwirtschaft sind weiterhin nicht abzusehen. Hier gilt es zunächst, die Rahmenbedingungen des abzuschließenden Handelsabkommens abzuwarten. Aus Sicht der Agrar- und Ernährungswirtschaft sind die Ausgestaltung der Lebensmittelstandards sowie der Veterinär- und Zollbestimmungen von entscheidender Bedeutung. Was aber am wichtigsten ist: Mit solch einem Abkommen dürfen nicht die in der EU geltenden hohen Qualitätsstandards bei der Lebensmittelproduktion aufgeweicht werden. Dafür werde ich mich in meiner Position als Agrar- und Ernährungspolitikerin einsetzen!

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 10. bis 13. Februar 2020 waren:

- Debatte zum EU-Haushalt vor entscheidendem Gipfeltreffen
- Abstimmung über Freihandelsabkommen EU-Vietnam
- Künftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich: Position des EP
- Künstliche Intelligenz sicher und neutral anwenden
- Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU
- Christine Lagarde zur zukünftigen Politik der Europäischen Zentralbank
- Antisemitismus, Rassismus und Hass in der EU bekämpfen
- Weibliche Genitalverstümmelung weltweit abschaffen
- Rechtsstaatlichkeit in Polen: Veränderungen dringend nötig
- Illegalen Handel mit Katzen und Hunden stoppen
- Behandlung von Flüchtlingen an EU-Außengrenze: Abgeordnete fordern Antworten

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Marlene Mortler

Debatte zum EU-Haushalt vor entscheidendem Gipfeltreffen

In einer Debatte über die EU-Finzen für 2021-2027 betonten die Abgeordneten, dass das Parlament nur einem Haushalt zustimmen wird, der den Ambitionen der Europäischen Union entspricht. Über den EU-Haushalt zu sprechen heiße über die Zukunft der EU sprechen, so die Abgeordneten in einer zentralen Plenardebatte mit Nikolina Brnjac, der kroatischen Staatssekretärin für auswärtige und europäische Angelegenheiten, als Vertreterin des Rates, und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Debatte am Mittwoch fand im Vorfeld eines Sondergipfels der EU statt, der am 20. Februar beginnt und auf dem die Mitgliedstaaten versuchen werden, sich auf eine gemeinsame Position zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zu einigen, um so in die Verhandlungen mit dem Parlament einsteigen zu können. Die meisten Abgeordneten betonten, dass eine ausreichende Finanzierung der Schlüssel zur Erreichung gemeinsamer Ziele ist, darunter die Bekämpfung des Klimawandels, die digitale und ökologische Wende, die Bewältigung der sozialen Folgen der letzteren und die fortgesetzte Unterstützung von Regionen und Städten, Landwirten, jungen Menschen, Forschern oder Unternehmern. Die Umsetzung des „Green Deal“ mit einem verringerten Haushalt würde beispielsweise bedeuten, dass erfolgreiche EU-Programme anderswo gekürzt werden müssten, betonten die Abgeordneten. Einige sagten, dass bestimmte EU-Politiken gründlicher bewertet werden müssten und dass mehr Ausgabendisziplin erforderlich sei. Darüber hinaus seien die Einführung neuer Einnahmequellen („Eigenmittel“) für die EU sowie die Verknüpfung des EU-Haushalts mit der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit für die Abgeordneten von zentraler Bedeutung.

Abstimmung über Freihandelsabkommen EU-Vietnam

Das Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Vietnam stand am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung. Als das „modernste und ehrgeizigste“ Handelsabkommen, das „je zwischen der EU und einem Entwicklungsland abgeschlossen wurde“, bekam es am Mittwoch die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Es könne dazu beitragen, strenge Normen und Regeln in der Region zu setzen und den Weg ebnen für ein künftiges interregionales Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Das Abkommen sei „ein deutliches Zeichen zugunsten des freien, fairen und wechselseitigen Handels in einer Zeit, in der protektionistische Tendenzen aufkommen und der multilaterale und regelgestützte Handel deutlich infrage gestellt wird“, betonten die Abgeordneten. Das Abkommen wird in den nächsten zehn Jahren praktisch alle Zölle zwischen den beiden Parteien beseitigen und auch Europas wichtigste Exportprodukte nach Vietnam umfassen: Maschinen, Autos und Chemikalien. Auch bei Dienstleistungen im Finanzsektor, im Seeverkehr und im Postbereich erhalten EU-Unternehmen einen besseren Marktzugang. Firmen können sich in Zukunft an öffentlichen Ausschreibungen der vietnamesischen Regierung und mehrerer Städte wie etwa Hanoi beteiligen. Die Vereinbarung schützt auch 169 europäische Produkte wie den Tiroler Speck oder den Schwarzwälder Schinken. Darüber hinaus ist das Abkommen ein Instrument zum Schutz der Umwelt und zur Förderung des sozialen Fortschritts in Vietnam, einschließlich der Arbeitnehmerrechte. Es verpflichtet Vietnam zur Anwendung des Pariser Klimaabkommens. Vietnam hat sich auf Drängen des Europäischen Parlaments auch verpflichtet, zwei Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren. Die Abschaffung der Zwangsarbeit soll bis 2020 ratifiziert werden, und das Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit bis 2023. Das

Handelsabkommen kann ausgesetzt werden, wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Künftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich: Position des EP

Am Mittwoch hat das Europäische Parlament eine Entschließung angenommen, die einen ersten Beitrag des Parlaments zu den bevorstehenden Verhandlungen mit der britischen Regierung über eine neue Partnerschaft nach dem Brexit darstellt. Das Parlament fordert die Garantie gleicher Wettbewerbsbedingungen durch belastbare Verpflichtungen und eine "dynamische Anpassung" der Regeln zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Das Parlament möchte, dass das Assoziierungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich so umfassend wie möglich gestaltet wird und sich auf drei Hauptsäulen stützt: eine Wirtschaftspartnerschaft, eine Partnerschaft für auswärtige Angelegenheiten und eine für sektorspezifische Angelegenheiten. Ein Nicht-EU-Staat kann jedoch nicht die gleichen Rechte wie ein Mitgliedsstaat genießen, und die Integrität des Binnenmarktes und der Zollunion muss jederzeit gewahrt werden, so die Abgeordneten. Um ein neues ambitioniertes Freihandelsabkommen zu erreichen, stimmen die Abgeordneten weitgehend mit den von der Kommission vorgeschlagenen Verhandlungslinien überein. Angesichts der Größe der britischen Wirtschaft und ihrer Nähe muss der künftige Wettbewerb mit der EU durch gleiche Wettbewerbsbedingungen offen und fair gehalten werden. Das bedeutet Garantien für gleiche Regeln u.a. in den Bereichen Soziales, Umwelt, Steuern, staatliche Beihilfen, Verbraucherschutz und Klima. Um quoten- und zollfreie Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten, sollte sich die britische Regierung dazu verpflichten, ihre Regeln zum Beispiel in den Bereichen Wettbewerb, Arbeitsrecht und Umweltschutz zu aktualisieren, um eine "dynamische Anpassung" der Gesetze zwischen der EU und Großbritannien zu gewährleisten, so die Abgeordneten. Die Entschließung stellt auch klar, dass jedes Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von einer vorher zu treffenden Vereinbarung über die Fischerei abhängig gemacht werden muss, um die Zustimmung des Parlaments zu erhalten. Die Bestimmungen über die Fischerei sollen bis zum 1. Juli 2020 vereinbart werden. Wenn das Vereinigte Königreich die EU-Gesetze und -Standards nicht einhält, sollte die Kommission "mögliche Quoten und Zölle für die sensibelsten Sektoren sowie die Notwendigkeit von Schutzklauseln zum Schutz der Integrität des EU-Binnenmarktes bewerten". Dies ist besonders wichtig für Lebensmittel- und Agrarimporte, die sich streng an die EU-Vorschriften halten müssen.

Künstliche Intelligenz sicher und neutral anwenden

In seiner Resolution verlangt das Parlament strenge Regelungen, um die Verbraucher im Rahmen der Nutzung künstlicher Intelligenz und automatisierter Entscheidungsfindung zu schützen. Die Resolution beschäftigt sich mit verschiedenen Herausforderungen, die sich im Rahmen der schnellen Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) und Technologien zur automatisierten Entscheidungsfindung stellen. Ein besonderes Augenmerk wird auf den Verbraucherschutz gelegt. Das Parlament begrüßt das Potenzial von automatisierter Entscheidungsfindung, den Verbrauchern innovative und verbesserte Dienstleistungen zu bieten, einschließlich neuer digitaler Dienste wie virtueller Assistenten und Chatbots. Wenn man jedoch mit einem System interagiert, das die Entscheidungsfindung automatisiert, sollte man „angemessen über die Funktionsweise informiert werden, sowie darüber, wie ein menschlicher Ansprechpartner mit Entscheidungsbefugnissen erreicht werden kann und wie sichergestellt wird, dass die Entscheidungen eines Systems überprüft

und korrigiert werden können“, fügt es hinzu. Die Systeme sollten nur hochqualitative und tendenzfreie Datensätze, sowie „nachvollziehbare und tendenzfreie Algorithmen“ verwenden, heißt es in der Resolution. Es müssen Kontrollmechanismen eingerichtet werden, um mögliche Fehler automatisierter Entscheidungen korrigieren zu können. Verbraucher müssen auch eine Aufhebung von endgültigen automatisierten Entscheidungen verlangen können. Das Parlament fordert daher ein Risikobewertungsschema für KI und automatisierte Entscheidungsfindung sowie einen gemeinsamen EU-Ansatz, um die Vorteile dieser Prozesse zu sichern und die Risiken in der gesamten EU zu mindern. Die Abgeordneten fordern die Kommission außerdem auf, Vorschläge zur Aktualisierung der EU-Sicherheits- und Haftungsregeln im Hinblick auf KI-fähige Produkte (z.B. Maschinen und Spielzeug) vorzulegen um sicherzustellen, dass die Verbraucher über die Nutzung der Produkte informiert und vor möglichen Schäden geschützt werden. Die Hersteller müssen sich ihrer Pflichten bewusst sein.

Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU

Die Abgeordneten haben am Mittwoch mit der EU-Kommission über die Schwerpunkte diskutiert, die sie in der Gleichstellungsstrategie 2020-2024 enthalten sehen wollen. Die Ideen der Abgeordneten sollen in der künftigen Geschlechtergleichstellungsstrategie berücksichtigt werden, die die Kommission voraussichtlich zum Zeitpunkt des Internationalen Frauentags (8. März) vorstellen wird. Während ihrer Anhörung im Parlament im Oktober verpflichtete sich die Kommissarin für Gleichstellung Helena Dalli, innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit eine neue Gleichstellungsstrategie (2020-2024) vorzustellen. Diese Strategie soll einen neuen politischen Rahmen vorgeben und Leitlinien und konkrete Maßnahmen zu Themen wie Gewalt gegen Frauen, Lohntransparenz und geschlechtsspezifisches Lohngefälle, ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen in Führungsgremien, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Geschlechterfragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und künstlicher Intelligenz umfassen.

Christine Lagarde zur zukünftigen Politik der Europäischen Zentralbank

Die Abgeordneten forderten die EZB am Mittwoch auf, ihr Engagement in Sachen Umweltschutz zu verstärken und sich den wachsenden Herausforderungen der Finanztechnologie zu stellen. Um die rückläufige Konjunktur in der EU anzukurbeln und das Wachstum zu fördern, verlangten die Abgeordneten von der EZB, die Gesamtgeldmenge weiter zu erhöhen. Nachhaltiges Wachstum könne jedoch nicht allein durch Geldpolitik erreicht werden, und die EU-Mitgliedsstaaten bräuchten nach wie vor ihre eigene Haushaltspolitik sowie die Umsetzung von Wirtschaftsreformen, so die Entschließung. Darüber hinaus hätten niedrige oder negative Zinssätze schädliche Auswirkungen auf die Renten- und Versicherungssysteme, fügten sie hinzu. Das Parlament stellt auch fest, wie wichtig es ist, die vorbereitenden Bemühungen der EZB fortzusetzen, um sicherzustellen, dass die EU-Finanzmärkte nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU stabil bleiben. Das Parlament fordert die EZB auf, die Faktoren Umwelt, Soziales und Governance (ESG-Faktoren) besser in ihre Politik zu integrieren und ihr Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) neu zu gestalten, um ökologisch nachhaltige Initiativen besser zu unterstützen. Die Entschließung fordert die EZB außerdem auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerhinterziehung und anderen Formen der Finanzkriminalität zu verstärken, indem sie ein System zur besseren Überwachung

großer Transaktionen schafft. Die Abgeordneten weisen auch auf die Notwendigkeit hin, Kryptowährungen genauer zu überwachen. In Zusammenarbeit mit der Kommission sollte die EZB den Rechts- und Regulierungsrahmen der EU für E-Geld, Finanzinstrumente und virtuelle Währungen/Vermögenswerte bewerten.

Antisemitismus, Rassismus und Hass in der EU bekämpfen

Die Abgeordneten haben am Dienstag mit Vertretern des Rates und der Kommission die Reaktionen der EU auf den zunehmenden Antisemitismus, Rassismus und Hass in Europa bewertet. Viele Abgeordnete sind besorgt über die Zunahme antisemitischer Übergriffe in einigen EU-Mitgliedsstaaten, wie zum Beispiel der von einem Rechtsextremisten auf eine Synagoge in Halle (Deutschland) im Oktober 2019, bei dem zwei Menschen getötet wurden. Andere verweisen auf die wachsende Zahl von Hassverbrechen, sowohl online als auch offline, aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung.

Weibliche Genitalverstümmelung weltweit abschaffen

Am Mittwoch stimmten die Abgeordneten über eine Entschließung ab, in der die EU aufgefordert wird, eine Strategie zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung zu entwickeln. In der Folge einer Plenardebatte am 18. Dezember und des Internationalen Tags der Nulltoleranz gegenüber der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen am 6. Februar werden die Abgeordneten über eine Resolution abstimmen, die eine EU-Strategie zur Beendigung der weiblichen Genitalverstümmelung weltweit fordert. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation leben derzeit weltweit mindestens 200 Millionen Frauen und Mädchen mit den schädlichen Folgen der Genitalverstümmelung. In Europa sind jedes Jahr schätzungsweise 180.000 Mädchen und Frauen davon bedroht.

Rechtsstaatlichkeit in Polen: Veränderungen dringend nötig

Am Dienstag diskutierten die Abgeordneten mit Vertretern des Rates und der Kommission darüber, wie der anhaltenden Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Polen begegnet werden kann. Infolge der jüngsten Entschließung des Parlaments zur anhaltenden Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn wird sich die Plenardebatte mit dem „Versäumnis des Rates, Artikel 7 EUV wirksam anzuwenden“, sowie den jüngsten Entwicklungen in Polen hinsichtlich der Reform der Justiz befassen. Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß auch wiederholen, dass ein EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte, wie vom Parlament vorgeschlagen, „dringend benötigt“ wird.

Illegalen Handel mit Katzen und Hunden stoppen

Ein EU-Aktionsplan soll den illegalen Handel mit Haustieren beenden, um den Tierschutz zu garantieren und Tierhalter sowie die öffentliche Gesundheit zu schützen. Mit 607 Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen, nahmen die Abgeordneten am Mittwoch eine nichtbindende Entschließung an, in der sie Maßnahmen gegen den illegalen

Handel mit Haustieren fordern. Abgesehen von der Bedrohung der öffentlichen Gesundheit, des Tierschutzes und des Verbraucherschutzes ist der illegale Handel mit Heimtieren auch zu einer großen Einnahmequelle für das organisierte internationale Verbrechen geworden. Die Abgeordneten fordern unter anderem folgende Maßnahmen ein verpflichtendes EU-System zur Registrierung von Hunden und Katzen, eine einheitliche Definition großer gewerblicher Tierzuchtbetriebe („Welpenfabriken“) und eine bessere Strafverfolgung sowie härtere Sanktionen. Außerdem fordern sie Sensibilisierungskampagnen, um die Bürger über die negativen Auswirkungen des illegalen Handels zu informieren.

Behandlung von Flüchtlingen an EU-Außengrenze: Abgeordnete fordern Antworten

Die Situation von Migranten und Asylsuchenden, die an den EU-Außengrenzen warten, um europäisches Gebiet zu betreten, stand am Mittwoch im Zentrum einer Plenardebatte. Die Abgeordneten haben den Rat und die Kommission über angebliches mit Gewalt verbundenes Zurückdrängen an der kroatisch-bosnischen Grenze befragt. Dies wäre, wenn bestätigt, ein Verstoß gegen europäisches und internationales Recht, weil das Recht auf Asyl nicht gewährt worden wäre. Ähnliche Vorfälle, wenn auch in geringerem Ausmaß, wurden an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei sowie an der spanischen Grenze zwischen Marokko und Ceuta und Melilla gemeldet. Auch die dramatische Situation der in libyschen Haftanstalten gestrandeten Flüchtlinge kam in der Debatte zur Sprache.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Redaktion: Sarah Schöffler